

Objektyp: **TableOfContent**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **4 (1912)**

Heft 2

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Gewerkschaftliche Rundschau

~~~~~ für die Schweiz ~~~~~

Publikationsorgan des Schweiz. Gewerkschaftsbundes

Erscheint monatlich einmal

Redaktion: Sekretariat des Schweiz. Gewerkschaftsbundes, Kapellenstrasse 6, Bern

Abonnement jährlich 3 Fr.

## INHALT:

|                                                    | Seite |                                                                                                        | Seite |
|----------------------------------------------------|-------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| 1. Bauarbeiterschutz                               | 17    | 6. Der sozialdemokratische Abstinentenbund an die Arbeiterunions-,<br>Parteivereine und Gewerkschaften | 30    |
| 2. Zur Revision des eidgenössischen Fabrikgesetzes | 19    | 7. Wirtschaftliche Kämpfe in der Schweiz                                                               | 31    |
| 3. Landesvertrag im Spenglergewerbe                | 23    | 8. Literatur                                                                                           | 32    |
| 4. Zur Italienerfrage in der Schweiz               | 25    |                                                                                                        |       |
| 5. Rechtsfragen                                    | 29    |                                                                                                        |       |

## Bauarbeiterschutz.

Die Zahl der Unfälle in den Bauarbeiten ist im Steigen begriffen. Nach der Statistik der Fabrikinspektoren betrug sie im Jahre 1901 4169, im Jahre 1908 aber 5774, also eine Steigerung von rund 38 Prozent. Dabei ist das Jahr 1908 noch kein Rekordjahr, wie z. B. 1907, wo die Steigerung der Unfälle, verglichen mit 1901 53 Prozent betrug. Auch in den verwandten Betrieben, die dem Fabrikgesetz unterstellt sind, wachsen die Unfälle rasch an Zahl. Dort ereigneten sich 1901 1114 Unfälle, 1908 dagegen 1935. Von 1899 bis 1908 nahmen dort die Unfälle um 63 Prozent zu. Auf 1000 Arbeiter entfielen im Jahre 1901 84 Unfälle, im Jahre 1908 aber schon 130! Diese bedauerlichen Erscheinungen erklären sich aus der immer häufigeren Verwendung von Maschinen im Baugewerbe und den verwandten Berufen und aus der damit verbundenen intensiveren Arbeit, die die Unfallgefahr bedeutend erhöht.

Der Frage des Bauarbeiterschutzes muss daher ein vermehrtes Augenmerk geschenkt werden.

Für die Arbeiter des Baugewerbes, die dem Fabrikgesetz unterstellt sind, wird das neue *Fabrikgesetz* vermehrte Garantien zur Verhütung der Unfälle bringen, sofern es nicht an der Volksabstimmung scheitert. Den Hauptwert des neuen Gesetzes wird in dieser Beziehung die bedeutend verbesserte Unfallmeldung darstellen. Nicht zu unterschätzen ist sodann die Bedeutung der präziseren Fassung der Unfallverhütungsvorschriften und der hygienischen Massnahmen.

Aber nur der kleinste Teil der Bauarbeiter steht unter dem Schutze des Fabrikgesetzes. Allerdings wird das neue Fabrikgesetz auch einen etwas grösseren Kreis von Bauarbeitern einbeziehen, weil die « Mehrzahl » der Arbeiter herabgesetzt werden wird und weil die genauere Präzisierung des Zusammenhanges mit einem indu-

striellen Betrieb manchen Bauarbeitern zugute kommen wird. Aber das Gros der Bauarbeiterschaft wird auch fürderhin ausserhalb des Fabrikgesetzes stehen.

Durch die Annahme des Gesetzes über die *Kranken- und Unfallversicherung* wird für die Bauarbeiter glücklicherweise manches besser werden. Es ist selbstverständlich, dass die neue Gegenseitigkeitsanstalt, in der die Arbeiterschaft eine starke Vertretung hat, vor allem darauf sehen wird, die Zahl der Unfälle zu vermindern, die bisherigen Massregeln zur Verhütung von Unfällen zu verbessern, wobei die Mitwirkung der Arbeiterschaft zum ersten Male gesichert ist, einerseits durch die Mitwirkung der Krankenkassen bei der Unfallversicherung, andererseits durch die schon berührte Vertretung im Verwaltungsrate und dann auch durch die Anhörung der Berufsverbände. Auch die kleinsten Betriebe, in denen bisher zur Verhütung der Unfälle gar nichts getan werden musste, werden seitens der Gegenseitigkeitsanstalt genau wie die grossen Betriebe zu ausreichenden Unfallverhütungsmassregeln gezwungen werden können. Diese Ausdehnung des Arbeiterschutzes wird sich nach den Berechnungen des schweizerischen Industrie-departementes auf ungefähr 150,000 Arbeiter erstrecken, von denen der beträchtlichste Teil dem Baugewerbe angehört.

So wertvoll diese Verbesserung des Bauarbeiterschutzes auch sein mag, so ist er deshalb durchaus noch kein vollkommener. Vielmehr muss man weitergehen und verlangen, dass der Bauarbeiterschaft durch ein Bundesgesetz ein ganz analoger Schutz zuteil werde, wie er den Fabrikarbeitern seit 1877 zugestanden ist. Man muss verlangen, dass ein eigentliches *Bauarbeiterschutzgesetz* erlassen werde. Dessen Erlass ist auf Grund des Gewerbeartikels möglich. Die Frage ist nur die, ob man den Bauarbeiterschutz in einem allgemeinen Gesetz zum Schutz der gewerblichen Arbeiter überhaupt regeln will, die